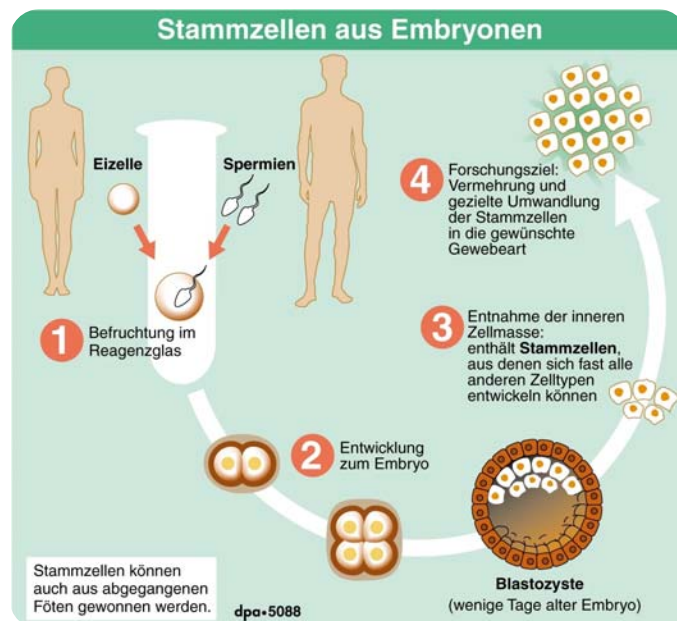


PETER LIESE:

Europa-Patentamt darf embryonale Stammzellen nicht patentieren

In Kürze könnte das Europäische Patentamt (EPO) in München eine Entscheidung treffen, die ethisch sehr fragwürdig ist und im Widerspruch zu EU-Recht steht. Die Große Beschwerdekammer will über eine Klage der Wisconsin Alumni Research Foundation (WARF) entscheiden. WARF vertritt den US-Forscher James Thomson, der als Pionier der Stammzellenforschung gilt und sein Forschungsvorhaben – und somit auch die embryonalen Zellen selbst – patentieren lassen möchte.

Die beiden Europaabgeordneten Peter Liese (Deutschland) und Miroslav Mikolasik (Slowakei), Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bioethik der christdemokratischen EVP-ED-Fraktion, haben sich nun in einem Schreiben an die EPO-Präsi-



dentin Alison Brimelow gewandt, um eine Ablehnung des Antrags zu erreichen. Sie zitieren eine EU-Richtlinie aus

dem Jahr 1998, welche die Patentierbarkeit von Embryonen für kommerzielle Zwecke ausschließt.

Vorhergehende Instanzen am EPO hatten den Antrag Thomsons im Jahr 2005 mit dem Hinweis abgelehnt, das geltende Recht lasse eine solche Patentierung nicht zu. Der Leiter der Abteilung Patentrecht des EPO hatte gegenüber den Abgeordneten diese Einschätzung zuvor bei einem Treffen der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-ED-Fraktion im Juni 2007 in Straßburg bestätigt.

Die Parlamentarier sind nun erneut aktiv geworden. „Wir sind besorgt, dass es im Präsidium des Patentamts neue Diskussionen geben könnte.“

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducsu.eu/content/view/5224/32/>

WEITER →

Computerbuchungen: Transparente Flug- und Bahnangebote

Ticketpreise müssen Steuern und Gebühren enthalten

Bei Flugbuchungen über Computerreservierungssysteme (CRS) in Reisebüros müssen künftig alle Steuern und Gebühren enthalten sein. Bei der Buchung von Flügen wird es dazu Angaben zum CO₂-Ausstoß geben. Das Europäische Parlament verabschiedete eine neue EU-Verordnung über einen Verhaltenskodex zu Computerreservierungssystemen. „Die Verbraucher werden besser gegen unseriöse Flug- und Bahnangebote geschützt. Zugleich sorgen wir für einen fairen Wettbewerb unter den Airlines und Bahnen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament, **Georg Jarzembowski** (CDU).

Computerreservierungssysteme werden hauptsächlich in Reisebüros eingesetzt und die Buchung erfolgt nicht direkt über den Leistungserbringer, wie etwa auf der Internetseite einer Airline. Die neue Verordnung stellt sicher, dass die CRS unabhängig arbeiten und nicht Angebote eines Anbieters bevorzugen. „Wir haben dafür Sorge getragen, dass es keine Einflussnahme von Flug- oder Bahngesellschaften auf die Reservierungssysteme geben darf.“

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducsu.eu/content/view/5221/32/>

WEITER →

JÜRGEN SCHRÖDER:

Bisher friedlicher Verlauf der Wahlen in Ruanda

WAHLBEOBACHTERMISSION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN RUANDA

Ein friedlichen Verlauf der Parlamentswahlen in Ruanda hat der CDU-Europaabgeordnete Jürgen Schröder heute in seiner Eigenschaft als Leiter einer Wahlbeobachterkommission des Europäischen Parlaments feststellen können. Die fünfköpfige Beobachterkommission hatte sich ein Bild vor Ort gemacht und am Wahltag sowohl die Stimmabgabe in den Wahllokalen als auch die anschließende Auszählung stichprobenartig mitverfolgt. „In den von mir aufgesuchten Wahllokalen in Kigali sind Behinderungen nicht festzustellen gewesen“, sagte Schröder in Kigali.

Bei den Parlamentswahlen in Ruanda waren nach dem regulären Ablauf der fünfjährigen Legislaturperiode etwa 4,7 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmabgabe aufgerufen.



Jürgen Schröder MdEP

2003 hatten die EU-Wahlbeobachter bei den Präsidentschaftswahlen und bei den Parlamentswahlen noch Unregelmäßigkeiten festgestellt, den Wahlvorgang als solchen aber als wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer Demokratisierung Ruandas bewertet. „Natürlich konnten wir nicht

alle 15.000 Wahllokale des Landes überprüfen. Wenn man sich aber vor Augen hält, dass es vor nicht allzu langer Zeit noch einen Völkermord an der in Ruanda ansässigen Tutsi-Minderheit gegeben hat, dann hat das Land gewaltige Fortschritte in der demokratischen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Interessen erzielt“, so der sächsische CDU-Europaabgeordnete weiter.

Bildung ethnischer Parteien verboten

Nach derzeitigem Stand machen die Hutu mit 85 Prozent der Einwohner Ruandas die größte Bevölkerungsgruppe des Landes aus. Aufgrund der historischen Erfahrungen ist die Bildung von ethnisch do-

minierten Parteien in Ruanda jedoch nicht zulässig. Dementsprechend bestimmt die Bevölkerungszusammensetzung den Ausgang der Wahl nicht von vorneherein. Als besonders positiv bezeichnete Schröder es aber jetzt schon, dass im bisherigen ruandischen Parlament fast die Hälfte aller Abgeordneten Frauen waren. „Ich hoffe, dass sich dieser Trend auch im neuen Parlament fortsetzen wird.

Wenn Ruanda sich weiter zu einem Hort der politischen Stabilität entwickelt, dann hat dies auch einen erheblichen, stabilisierenden Effekt auf die gesamte Region der Großen Seen, neben Burundi und Uganda vor allem auf den östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo“, so Schröder abschließend.

HARTMUT NASSAUER:

Bodenschutz-Richtlinie nicht wieder ausgraben

BODENSCHUTZ IST NATIONALE ANGELEGENHEIT

Die EVP-ED-Fraktion im Europaparlament wird härtesten Widerstand leisten, falls die Beratungen zur Bodenschutzrichtlinie im Rat wieder aufgenommen werden sollten. Das sagte der stellvertretende Vorsitzende der größten Parlamentsfraktion, Hartmut Nassauer (CDU). „Bodenschutz ist eine hoch bedeutsame, aber keine europäische Aufgabe. Grenzüberschreitende Wirkungen, die eine europäische Gesetzgebung rechtfertigen würden, gehen vom Boden nicht aus“, so der CDU-Europaabgeordnete, der das Dossier im Rechtsausschuss betreute, während der Plenar-



Hartmut Nassauer MdEP

debatte. Nassauer warnte davor, das im Rat beerdigte Dossier „wieder zum Leben zu erwecken“. Bodenschutz falle

in die ungeteilte Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. „Nur die Kommission in ihrer bürokratiegesteuerten Subsidiaritätsblindheit verschließt sich dieser Einsicht. Damit produziert sie einen weiteren Mosaikstein im Bild einer Brüsseler Bürokratie, die in ihrer ideologiebesessenen Heilsgewissheit die Menschen in Europa gegen sich aufbringt.“

Drängen der Kommission nicht nachgeben

„Seit dem Scheitern des Kommissionsentwurfes im Rat im Herbst letzten Jahres haben

sich keinerlei neue Gesichtspunkte ergeben, die einen Wiederbelebungsversuch der Bodenschutz-Richtlinie rechtfertigen könnten“, sagte Nassauer.

Der stellvertretende EVP-ED-Vorsitzende warnte die französische Ratspräsidentschaft davor, dem Drängen der Kommission nachzugeben und kündigte härtesten parlamentarischen Widerstand gegen alle Vorstöße an, den Bodenschutz der nationalen Zuständigkeit zu entziehen. „Der Sargdeckel bleibt zu. Einem solchen Bürokratiemonster darf kein neues Leben eingehaucht werden.“

MARKUS FERBER:

Keine reduzierte Mehrwertsteuer: Steinbrück gefährdet Gastronomie in Deutschland

Ohne eine reduzierte Mehrwertsteuer für Hotels und Restaurants stehen beispielsweise im bayerischen Gastgewerbe zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Dies sagte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, nachdem sich Bundesfinanzminister Steinbrück am Wochenende beim EU-Finanzministertreffen geweiigert hatte, Ausnahmen von der regulären Mehrwertsteuer von 19 Prozent zuzulassen.

„In Bayern müssen Hotels und Restaurants 19 Prozent Mehrwertsteuer abführen, in Österreich dagegen nur 10. Bundesfinanzminister Steinbrück weigert sich, die



Markus Ferber MdEP

sen Wettbewerbsnachteil auszugleichen. Langfristig stehen damit besonders an der Grenze zu Österreich Arbeitsplätze auf dem Spiel, weil unser Gastgewerbe keine Chance bekommt gegen die Konkurrenz aus dem Nachbarland“, so Ferber. Damit unterstützte Ferber die Pläne der EU-Kommission zur Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze für Hotels und Gaststätten in allen EU-Staaten.

Zuvor müssen die Finanzminister aller EU-Staaten zustimmen. Der niedrige Mehrwertsteuersatz in Österreich in Höhe von 10 Prozent basiert auf einer Ausnahme und könnte nur bei einer europaweiten Neuregelung in Deutschland angewandt werden.

Karsten Hoppenstedt und Werner Langen: WestLB: Finanzmarktstabilität muss Vorrang haben

Die aktuelle Debatte um den Sanierungsplan für die WestLB hat jetzt auch das Europäische Parlament erreicht. Die laufende Überprüfung der geplanten Beihilfen für die durch die Finanzmarktkrise ins Trudeln geratene WestLB seitens der EU-Kommission müsse „fair und objektiv“ erfolgen. Dies haben die beiden EVP-Wirtschaftspolitiker Werner Langen und Karsten Friedrich Hoppenstedt nach einer Aussprache mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments erklärt: „Es ist nicht hinnehmbar, dass die zuständige Wettbewerbskommissarin bereits während des laufenden Verfahrens öffentliche Bewertungen vornimmt. Angesichts der noch immer nicht völlig bewältigten Finanzmarktkrise ist ein solches Verhalten unverantwortlich“.

Eine erfolgreiche Sanierung der WestLB sei nicht nur für die Stabilität des deutschen Finanzmarkts, sondern auch weit darüber hinaus von großer Bedeutung. Dies habe Trichet heute vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments ausdrücklich bestätigt. „Frau Kroes sollte deshalb bei der Prüfung der für die WestLB vorgesehenen Beihilfen öffentliche Zurückhaltung üben. Es steht ihr nicht zu, in den Medien über die Zukunft des gesamten öffentlich-rechtlichen Bankensektors zu spekulieren, obwohl das Verfahren noch gar nicht abgeschlossen ist“, sagten Hoppenstedt und Langen weiter.

Die WestLB gehöre zu den größten Banken in Deutschland und müsse nun saniert werden. Ein Scheitern des jetzt geschnürten Rettungspakets etwa durch unverhältnismäßige Zusatzaufgaben der Kommission könnte dagegen unabsehbare Folgen haben. „Es ist grundsätzlich richtig, dass die EU-Kommission eine starke Wettbewerbsaufsicht innehat. Diese darf aber nicht zum Selbstzweck werden, nur weil die Kommissarin mit der Struktur des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens in Deutschland nicht einverstanden ist“, betonten Langen und Hoppenstedt abschließend.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Studie: Iren für Europa

Die irische Regierung hat eine eingehende Analyse der Gründe für das Nein beim Referendum über den Vertrag von Lissabon veröffentlicht. Danach beurteilen 70 Prozent der Iren die EU-Mitgliedschaft Irlands positiv. „Ich begrüße es, dass der irische Außenminister Micheál Martin einen Bericht über die Gründe für das Ergebnis des Referendums über den Vertrag von Lissabon veröffentlicht hat. Zum Zeitpunkt des negativen Ausgangs des Referendums in Irland legte niemand, der Irland kennt, dies als Votum gegen die Mitgliedschaft in der EU aus. Die heutige Studie ist ein Beleg dafür; denn sie zeigt, dass 70 % der Bevölkerung Irlands die Mitgliedschaft Irlands für eine gute Sache halten“, erklärte der Präsident des Europäischen Parlaments, **Hans-Gert Pöttering** (CDU).

Einer der wichtigsten Befunde der Studie laute, dass es ein gravierendes Defizit an Informationen über die EU gab. Es sei auffallend, dass 40 Prozent derjenigen, die mit Nein stimmten, „fehlendes Wissen bzw. fehlende Informationen“ als Grund für ihr negatives Votum nannten, so der Parlamentspräsident.

EVP-ED-Fraktion startet neues Web-TV

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat eine eigene Internetseite für das Web-TV der Fraktion gestartet. Auf der neuen Seite www.epp-ed.tv werden Video-Clips und Live-Stream-Programme übertragen. Der Zugang zum Web-TV und seinen Inhalten wird somit einfacher. Mit dem EVP-ED Fernsehen soll die Öffentlichkeit via Internet über die politischen Positionen der größten Fraktion im Europaparlament informiert werden.

Hauptziel des EVP-ED Web-TV ist die Information über wichtige Ereignisse und Aktivitäten des Europaparlaments sowie die Präsentation der Beiträge der EVP-ED-Fraktion zu den europäischen Werten, zu Wohlstand, Sicherheit, Freiheit und Solidarität. Die EVP-ED-Fraktion überträgt bereits seit Juni 2007 ein TV-Programm.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →